

Kommunalwahlprogramm 2021 OV Aurich

Mehr Grün in die Stadt

Mit Bürger*innen gestalten

Eine Kommunalwahl ist immer die Gelegenheit, die formulierten Ziele der letzten 5 Jahre auf ihre Umsetzung hin (selbst-)kritisch zu bewerten und zu hinterfragen.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen tritt ein für eine transparente Politik, bei der die Bürger*innen Möglichkeiten haben, sich und ihre Ideen aktiv einzubringen. Die Ereignisse der letzten Monate und Jahre haben gezeigt, dass dies immer weniger gelungen ist. Wichtige Sanierungsprojekte sind nicht auf allgemeine Zustimmung gestoßen. Dabei ist auch viel städtisches Grün verloren gegangen. Das wollen wir ändern.

Eine ökologische und nachhaltige Politik, die Umwelt, Wirtschaft und soziales Leben als untrennbar verbunden versteht, braucht Kommunikation und aktive Mitarbeit von Initiativen, Vereinen und interessierten Auricher*innen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft und sexueller Ausrichtung. Das gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für kommende Generationen. Für Aurich bedeutet das, dass sich die Vielfalt und Toleranz auch im täglichen Zusammenleben, in der Qualität der Wohnquartiere und ihres sozialen Umfeldes wiederfinden und gefördert werden muss. Wenn Aurich eine familienfreundliche, lebenswerte, grüne Stadt sein und bleiben soll, gehört dazu der Blick nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft unserer Kinder gerichtet.

Als Grüner Ortsverband Aurich arbeiten wir aktiv in Bürgerinitiativen mit, denn wir unterstützen Bürger*innen, die sich politisch engagieren. Um diesen zukünftig mehr Gehör zu verschaffen, haben wir als ersten Schritt die Einführung einer Einwohnerfragestunde in allen öffentlichen Ausschüssen und Ratssitzungen erreicht.

Wir wollen, dass die Rolle der Frauen in der Kommune gestärkt wird, um die ganze Bandbreite der Themen abzudecken. Darum sind unsere Listen dort quotiert besetzt, wo Frauen sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben.

Diese Leitlinien bestimmen die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms. Es beschreibt, was in der letzten Wahlperiode erreicht werden konnte, was wir uns für die nächsten 5 Jahre vornehmen wollen und wie wir uns die Umsetzung vorstellen.

Mehr Gröön in d' Stadt

Mit Börgers wat maken

En Kommunalwahl is alltied de Gelegenheid, de upsett Zielen van de leste fiev Jahren up hör Umsetten hen (sülvst-)kritisk antoslaan un to achterfragen.

Bündnis 90/De Grönen engageren sük för en insichtig Politik, waar all Börgers de Mögelkheid

hebben, sük un hör Infallen aktiv intobringen. Man de Geböhrnissen van de leste Maanten un Jahren hebben uns wesen, dat 't nich alltied mitlopen is. Nich bi all Sanierungsprojekte wurr allgemeen van ja seggt. Daarbi hett ok dat Gröönland in d' Stadt ofnohmen. Daar willen wi nu wat an doon.

En ökologisk un nahaltig Politik, de daarför sörgt, dat de Umwelt, de Wirtschaft un dat soziaal Levend nich sünnernanner to könen, bruukt Kommunikation un aktiv Mitarbeid van Initiativen, Verenen un interesseert Auerkers – nettglied, wat för 'n Geschlecht, Oller, Herkummt un sexuell Utrichten se hebben. Dat gelt nich blot för de tegenwordige Tied, man ok för de Tokummt un hör Generationen. För Auerk heet dat, dat sük de Mennigfoldigheid un Toleranz ok in d' Olldag bi 't Tosamenleven, in de Qualität van uns Huus un Hoff un hör soziaal Umfeld weerfinden un hör wiederhulpen worden mutt. Wenn Auerk en famieljenfrünnelke, moje un gröne Stadt wesen un blieven sall, mutten wi nich blot up de Gegenwart achten, man ok up de Tokummt van uns Kinner.

As „Gröön Oortverband“ arbeiden wi aktiv in Initiativen van d' Börgers mit, denn wi griepen d' Börgers unner d' Arms, de sük politisk engageren doon. Um disse Börgers wiederhen mehr Gehöör tokomen to laten, hebben wi toerst de Inföhren van en Inwohnerfraagstünn in all opentlik Utschussen un Raadversammelns torechtkriegt.

Wi willen, dat de Belang van d' Frootüü in de Kommune starkt word, daarmit de hele Beriek van all Themen ofdeckt word. Daarom sind uns Listen quoteert besett – daar, waar Frootüü Lüst hebben, to kandideren.

Disse Regels bestüren de Hauptsaken van uns Programm. Se beschrievn, wat „De Grönen“ in de verleden Wahlperiode dörsetten kunnen, wat wi uns för de tokomend fiev Jahren vörnahmen willen un wo wi uns de Umsetten vörstellen.

(Übersetzung: Timo van Hülsen)

Rückblick – Ausblick

In der letzten Wahlperiode konnten wir trotz einiger Widrigkeiten einiges von dem umsetzen, was wir uns vorgenommen haben.

So konnten wir als erstes einen einstimmigen Beschluss zur Sicherung des Panzergrabens und Entwicklung zu einem Gedenk- und außerschulischen Lernort erreichen, der jetzt nach 5 Jahren endlich Gestalt annimmt.

Wir haben ebenso einen Beschluss im Stadtrat zum Klimanotstand erwirkt, der leider noch darauf wartet, auch bei den zukünftigen Entscheidungen gelebt zu werden. So wurde unser Antrag zum Verbot der Schottergärten zwar beschlossen und in den neuen Bebauungsplänen festgeschrieben, die Kontrolle findet aber leider nicht in der notwendigen Form statt. Anträge zur ökologischen, flächensparenden und klimafreundlichen Ausgestaltung von Wohn- und

Gewerbegebieten fanden noch keine Mehrheit, ebensowenig wie unser Bemühen, die Kaserne in ihrem jetzigen Bestand zu sanieren und zu einem modellhaften Zukunftsviertel zu entwickeln.

Dagegen konnten wir unser Ziel, die Stadtwerke abzuwickeln zusammen mit anderen Fraktionen verwirklichen.

Wir haben Anträge zu einer verursachergerechten Parkraumbewirtschaftung gestellt und zusammen mit Bürger*innen zur Belebung der Innenstadt praktisch beigetragen. Ein Konzept zu einem RADhaus im Sinne des Masterplans Fahrradverkehr fand zwar in der Bevölkerung Zuspruch, aber nicht bei der Politik. Das gilt auch für das Parkhaus am Georgswall, das wir nach wie vor für eine städtebauliche Sünde halten. Wir haben ein eigenes Konzept zu Kita-Gebühren vorgelegt, uns intensiv um die Beschaffung von sozialen Wohnraum bemüht und um den Schutz von Bäumen und Wallhecken gekämpft. Insgesamt haben wir etwa 30 Anträge und Anfragen gestellt.

Bündnis90/Die Grünen haben mit vielen Bürgerinitiativen und Verbänden im Bereich, Umwelt, Klima- und Tierschutz, Kultur, umweltgerechte Mobilität und Anti-Rassismus kooperiert und werden es weiterhin tun.

Die Pandemie hat uns vor große Herausforderungen gestellt und wir erwarten noch größere in der Zukunft. Hinzu kommt, dass die Haushaltslage der Stadt Aurich finanziell sehr angespannt ist. Trotz der Senkung der Kreisumlage um 3 Punkte, zu der wir interfraktionell beigetragen haben, wird sich die Situation in den nächsten Jahren nur langsam bessern. Unserer Forderung, die Eigengesellschaften wie das Familienzentrum und die Auricher Hallengesellschaft ABH aufzulösen, um mehr Haushaltstransparenz zu schaffen, sind wir ein Stück näher gekommen. Hier wird es uns darum gehen, die richtigen Akzente und Ziele im sozialen und ökologischen Bereich zu setzen und dafür Mehrheiten zu bekommen. Das bedeutet u.a. auch, in dieser Situation Kredite aufzunehmen, zum Beispiel für den kommunalen Wohnungsbau, weil sich diese in absehbarer Zeit amortisieren werden.

Natur und Umwelt

Der Schutz von Natur und Umwelt bleibt Kernanliegen grüner Politik

Der Schutz von Natur und Umwelt genießt bei uns Grünen einen hohen Stellenwert. Eine intakte Umwelt ist nicht einfach nur schmückendes Begleitgrün unseres Lebens, sondern die Lebensgrundlage schlechthin.

Leider ist der Respekt vor der Natur vielerorts verloren gegangen; Freiflächen und Bäume werden vor allem unter Verwertungsgesichtspunkten und als Wirtschaftsgut betrachtet. Bürger*innen, die sich für den Erhalt einsetzen, werden oft nicht gehört oder vor vollendete Tatsachen gestellt. Wenn der sorgsame Umgang mit Natur und Umwelt zu Hause beginnen soll, muss dieser auch bei der Stadtplanung und -gestaltung eine besondere Rolle spielen.

Grüne Kerne

Wohngebiete sollten nicht einfach nur ein endloses Häusermeer sein, bei dem Ortsnamen

keine optische Abgrenzung mehr erfahren. Wo neue Wohngebiete entstehen, sollte stets ein grüner Kern erhalten bleiben oder angelegt werden, um auch Erholung im Grünen zu bieten. Es sollte in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes je nach Grundstücksgröße 1-2% der Fläche als Wildfläche festgeschrieben werden. Bestehende Dörfer und Ortsteile Aurichs sollten weiterhin erkennbar sein, z. B. durch grüne unbebaute Bänder und markante Punkte, wie z. B. geschützte Wäldchen und kleine Seen, die nicht einer Bebauung geopfert werden dürfen.

Baumschutz

Aurich hat eine Baumschutzsatzung; ihre Anwendung soll aber konsequenter als bisher bei der Bewertung und Genehmigung von Baumaßnahmen angewendet werden. Wir wollen, dass die Stadt Aurich, wie in anderen Gemeinden schon praktiziert, Bürger*innen logistisch dabei berät, ihren privaten Baumbestand fachgerecht neu anzupflanzen, zu erhalten und zu pflegen.

Dazu gehören auch Baumpatenschaften für ortsbildprägende Bäume in unseren Stadtteilen und auf öffentlichen Plätzen, um die Aufmerksamkeit und das Wissen der Bürger*innen stärker für die Allgemeinheit zu nutzen. Das Prinzip der nachhaltigen Nutzung, wie es im Bundeswaldgesetz festgeschrieben ist, sollte auch auf privaten und öffentlichen Flächen im Außenbereich außerhalb der Wälder angewendet werden, d.h. nur so viel darf entnommen werden wie nachwächst oder neu gepflanzt wird. Ein stärkeres Augenmerk ist auf den Wallheckenschutz zu richten, der jetzt allein bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises liegt.

Kasernengelände

Der Verzicht der Stadt auf das Vorkaufsrecht für den größten Teil des Geländes und auf sämtliche Gebäude ist ein großer Fehler.

Damit ist eine Chance verpasst worden, einen zukunftsfähigen Stadtteil mit Modellcharakter unter sozialen und ökologischen Aspekten zu entwickeln. Hierdurch wird ein Gebiet in Top-Lage, mit voll ausgebauten Straßen, Wegen, parkähnlichen Grünflächen und mit einer rund 80 Jahre alten Allee den Investoren zur Verwertung überlassen.

Unser Ziel ist es jetzt, möglichst viel von den großzügigen Grünflächen und dem Gebäudebestand zu erhalten. Das Waldstück, das Teil der niedersächsischen Landesforsten ist, muss naturbelassen und urwüchsig erhalten werden. Wir werden alle unsere Möglichkeiten nutzen, bei der Aufstellung der Bebauungspläne Einfluss auf die Gestaltung zu nehmen, um so viel wie möglich des ökologischen und sozialen Potenzials zu nutzen.

Dazu gehören: Erhaltung der Grünflächen und Alleen, Nutzung vorhandener Gebäude, die ggf. saniert werden, Ausstattung geeigneter Gebäude mit Solar-/Photovoltaik-Anlagen. Der Verkehrsschwerpunkt soll auf Fahrrad- und Fußwege-Verbindungen sowie auf ÖPNV-Anbindungen liegen. Dadurch können die für PKW-Parkplätze vorgesehenen Flächen reduziert und nachhaltiger genutzt werden.

Der Grünlandbereich am Hoheberger Weg, ist nicht vom Verzicht des Vorkaufsrechtes erfasst. Dieser Bereich ist von der Stadt erworben worden und soll vorerst unbebaut bleiben. Nicht nur wegen der festgestellten Schadstoffbelastungen sollte die große Grünfläche in Nähe des

Kernstadtbereiches von Bebauung frei bleiben. Sie eröffnet die Chance, einen weitgehend naturbelassenen Park zu schaffen.

Markt auf ehemaligem Kasernengelände

Da das Kasernengelände ein neues Stadtquartier mit zusätzlicher Wohnbebauung wird, ist hier ein Nahversorger vorzusehen. Dieser schließt auch die Angebotslücke zwischen Innenstadt und Wallinghausen.

Wohnen und Arbeiten

Die Stadt muss mehr dazu beitragen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die weitere Versiegelung von Flächen für Wohnbebauung, Gewerbe und Verkehr muss eingeschränkt werden.

Nach Berechnungen der Stadtverwaltung werden bis 2030 rund 2.000 zusätzliche Wohnungen in Aurich benötigt. Nach wie vor ist die Nachfrage nach Grundstücken für Einfamilienhäuser hoch. Bevor jedoch weitere Flächen, die oft in Wallheckenlandschaften liegen, für Bauland erschlossen werden, sind Möglichkeiten der Verdichtung bestehender Siedlungsgebiete zu prüfen.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaft

Das Kasernengelände hätte die Chance eröffnet, zusammen mit dem noch vorhandenen kommunalen Wohnungsbestand den Einstieg in eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft anzugehen.

In den Außenlagen der Stadt entstehen immer mehr neue Wohngebiete mit vielen Einzelhäusern. Was jedoch fehlt, sind gute und preiswerte Wohnungen und vor allem bezahlbarer Wohnraum. Projekte wie im Krähenestergang oder in der Norderstraße haben aus unterschiedlichen Gründen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Wir wollen verhindern, dass der Ausverkauf der letzten kommunalen Sozialwohnungen wie z.B. am Schlehdornweg geschehen weitergeht.

Eine Handvoll Wohnungsriesen teilen sich den Löwenanteil des Marktes auf und diktieren die Preise. Am sozialen Wohnungsbau haben diese Akteure kein Interesse. Hier kann nur die Stadt selbst aktiv entgegenwirken.

Für uns ist Wohnen eine wichtige Stellschraube des sozialen Miteinanders. Ein kommunales Engagement in diesem Bereich bringt viele Vorteile und verbindet Städtebau, Soziales und Ökologie. Glücklicherweise sind die Städte, die kommunale Wohnungsgesellschaften besitzen. Früher belächelt, sind sie heute zentrale Akteure städtischen Wohlfühlens. Und das hat Gründe, denn die Stadt schafft Werte, es werden preiswerte Wohnungen in guter Qualität geboten und den explodierenden Mieten wird durch die kommunale Konkurrenz entgegengewirkt. Es kann zielgerecht auch für die Personengruppen gesorgt werden, die es auf dem üblichen Wohnungsmarkt schwer haben, weil bezahlbarer Wohnraum und sozialer Wohnungsbau gezielt gefördert werden.

Die geeignetste Form könnte eine GmbH als 100%-ige Tochtergesellschaft der Stadt sein, denn dafür bedarf es keiner europaweiten Ausschreibung. So kann die Gesellschaft viel freier agieren, als in jeder anderen Form. Die Stadt bringt geeignete Wohnungen und Grundstücke aus Eigenbesitz ein und kann diesen Bestand im Laufe der Jahre gezielt erweitern. Sanierungen von Bestandswohnungen und die Kosten für den Bau neuer Wohnungen sind in einer Niedrigzinsphase eine der besten Möglichkeiten, Werte zu erhalten und zu schaffen. Die Kommunale Wohnungsgesellschaft muss nicht renditeorientiert arbeiten, sondern kostendeckend.

Auch bei einer angespannten Haushaltslage werden diese sog. „rentierlichen“ Schulden nicht in die gesamte Schuldenmasse mit eingerechnet.

Ehe-Niederung, Upstalsboom, B210n, Sandhorster Wald, Diere

Ehe-Niederung, Upstalsboom und B210n

Weder die Ehe-Niederung noch der Upstalsboom dürfen für eine überflüssige Umgehungsstraße zerstört werden.

Der Upstalsboom mit seiner Jahrhunderte alten Wallheckenlandschaft und eiszeitlichen Relikten ist mittlerweile als einzigartiges Kulturdenkmal ostfriesischer Geschichte anerkannt und darf nicht angetastet werden.

Die Ehe-Flusslandschaft muss als Naherholungsgebiet und naturbelassener Bereich besonders geschützt werden. Hierzu gehört auch die Fortsetzung der begonnenen Renaturierung durch Flussschlaufen, Schilfufer und periodisch überschwemmte Ausgleichsbecken. Klein-Biotop, wie sie u.a. am historisch letzten Altarm der Ehe vorhanden, sind dabei ebenso zu schützen, wie Auenwäldchen, Feuchtwiesen und Wallhecken. Sie sind wichtige Trittsteine für den Arten- und Klimaschutz.

Sandhorster Wald

Der Sandhorster Wald darf nicht schleichend für ein neues Gewerbegebiet geopfert werden. Der bestehende Markt und seine Parkplätze haben bereits viel Wald zerstört. Eine weitere Ausweitung, z.B. durch weitere Geschäftsansiedlungen oder andere „Sachzwänge“, lehnen wir konsequent ab.

Da Ostfriesland im Durchschnitt nur 2,6% Waldfläche aufweist und gerade in und um Aurich herum viele dieser Waldflächen bestehen, ist der Wald grundsätzlich von jeglicher Bauplanung auszunehmen. Laut niedersächsischem Landesraumordnungsprogramm muss im Landkreis Aurich Waldentwicklung statt Waldvernichtung stattfinden. Gerade der Stadt Aurich mit ihrem relativ hohen Waldanteil kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Für Baumaßnahmen darf keine Waldfläche mehr geopfert werden.

Bei der Sanierung des Südeweges und der Sandhorster Allee ist darauf zu achten, dass diese nur auf der vorhandenen Trasse stattfindet und keine Bäume entlang der Straße fallen. Der

bestehende Rad-/Fußweg verläuft zwischen den Bäumen und muss ebenso wenig verbreitert werden, wie die Straße selbst.

Die Diere

Seit 2009 gibt es Pläne das Gebiet der Diere zwischen Leerer Landstraße und Ems-Jade-Kanal zu einem Gewerbe- und Wohngebiet zu entwickeln. Neuerdings gibt es Pläne, die Auricher Feuerwehr dorthin umzusiedeln. Vorab wurde illegal bereits eine Wallhecke abgeräumt. Dabei wird außer Acht gelassen, dass es sich bei dem ca. 1 ha großen Gebiet um ein letztes wertvolles Biotop handelt mit artenreichem Grünland und noch drei dort lebenden Brutpaaren vom Kiebitz, die vorher nachweislich erfolgreich umgesiedelt werden müssten, was bezweifelt werden darf. Der Kiebitz gehört nach § 10 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) zu den streng geschützten Arten. Unabhängig von der Entscheidung, ob die Feuerwehr auf dem Gelände des aufgegebenen Bauernhofes angesiedelt wird, werden wir alle Möglichkeiten nutzen, dieses einzigartige Biotop zu erhalten.

Stadtentwicklung und Stadtsanierung

Für die weitere Entwicklung der Innenstadt und der Ortsteile muss die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger*innen im Vordergrund stehen.

Im Rahmen der Stadtsanierung ist ein Teil der Innenstadt neugestaltet und durchaus aufgewertet worden. Mehrere Straßen im Innenstadtbereich wie Wallstraße, Marktstraße, Lilienstraße sind saniert worden, was auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden muss.

Die geplante Sanierung der Fußgängerzone sehen wir kritisch, weil dadurch weiteres innerstädtisches Grün verloren gehen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in direkter Nähe Kompensation geschaffen wird. Das ist wichtig für ein positives Lebensgefühl, das Kleinklima und die Luftqualität.

Marktplatz und Markthalle

Der Marktplatz ist der zentrale Ort Aurichs. Durch die Umgestaltung in den 90er Jahren ist er sehr nüchtern grau geworden.

Die Markthalle wirkt optisch wie ein Riegel zur Norderstrasse und versperrt die Sicht auf historische Gebäude wie das Knodtsche Haus. Hinzu kommt, dass in den 20 Jahren ihres Bestehens, die Markthalle immer subventioniert werden musste. Ein überzeugendes und sich selbst tragendes Nutzungskonzept fehlt bis heute. Investor*innen sind immer wieder wegen der hohen Kosten abgesprungen.

Stattdessen behindert und gefährdet die Markthalle laut gutachterlicher Bewertung die Entwicklung des Wochenmarktes, der eine wesentliche Rolle für die Vermarktung regionaler Produkte spielt. Jetzt kommen anstehende Sanierungskosten in Höhe eines 6stelligen Betrages hinzu. Darum plädieren wir für einen Abriss und eine Neugestaltung des Marktplatzes nach historischem Vorbild.

Durch die Tiefgarage sind die Möglichkeiten einer Begrünung zwar begrenzt. Trotzdem wollen wir Vorschläge erarbeiten, ihn durch strukturierende Möblierung und Begrünung ansprechender zu gestalten und gleichzeitig die Barrierefreiheit für Fußgänger*innen verbessern.

Parallel dazu wollen wir erreichen, dass die städtischen Bäume fachgerecht gepflegt und beschnitten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Stadt Aurich ein eigenes Grünflächenamt mit entsprechenden Kompetenzen und Personal geschaffen wird.

Georgswall

Der Georgswall in Aurich ist eine zentrale grüne Lunge und soll als Gegenentwurf zur Einkaufsmeile entwickelt werden. Hier soll die Möglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen bestehen, sich im Grünen in einer ruhigen Umgebung zu entspannen.

Die rückwärtige Entwicklung am Eingang Osterstraße soll mit Wohnbebauung erfolgen. Ein Parkhaus an der Stelle lehnen wir aus städtebaulichen Gründen ab, auch weil Aurich über genügend Parkplätze verfügt. Mittelfristig wollen wir den Georgswall autofrei gestalten. Auf dem Weg dorthin wollen wir die Möglichkeiten von verkehrsberuhigenden Maßnahmen nutzen. Durch ein intelligentes Parkraumkonzept mit gestaffelten Parkgebühren wollen wir dem Fuß- und Fahrradverkehr Vorrang einräumen.

Internationale Gärten

Wir wollen das ehemalige Gelände „Internationale Gärten“ als Grünfläche erhalten. In der direkten Umgebung ist ein riesiges Wohngebiet ohne Freiflächen entstanden. Gleichzeitig wurde in der Nachbarschaft weiträumig für Parkplätze versiegelt. Die im Laufe der Jahre gewachsenen Wallhecken und die Wiese müssen als Kompensation für die Flächenversiegelung und als Naherholung für die Nachbarschaft entwickelt werden.

Ökologisierung der Bebauungspläne

Die derzeitigen Bebauungspläne entsprechen nicht mehr den Vorgaben des Klimaschutzes und des flächensparenden Bauens. Das betrifft die Energieversorgung, die auf das notwenigste begrenzte Flächenversiegelung bzw. die Kompensation durch Haus- oder Dachbegrünung.

Um Verdichtung so durchzuführen, dass Neubauten sich in bestehende Siedlungsstrukturen einpassen, sind alte Bebauungspläne zu überarbeiten. Die Verdichtung ist ein Weg, eine weitere Versiegelung von Böden durch Bebauung einzuschränken. Dies soll im Rahmen einer Gestaltungssatzung geschehen, die soziale, ökologische und gestalterische Belange miteinander in Einklang bringt. Ergänzend wollen wir erreichen, dass mittelfristig eine Gebühr für die Abführung des Oberflächenwassers erhoben wird, um so die Eigentümer von Wohngebäuden zu motivieren, statt einer Pflasterung auf ihrem Grundstück z. B. ein Kleingewässer vorzusehen.

Gewerbegebiete

In Aurich haben sich in den letzten Jahren viele neue Unternehmen in den neuen Gewerbegebieten Schirum und Sandhorst angesiedelt, die mit vergleichsweise hohen Gewerbesteuerereinnahmen verbunden waren.

Das hat sich mittlerweile dramatisch verändert. Die Gewerbesteuerereinnahmen - insbesondere von Enercon - gehen gegen Null. Der neue Bürgermeister versucht, durch den Verkauf von kommunalen Wohnungen, sowie den Verzicht auf freiwillige Leistungen und Investitionen im Sozialbereich den Haushalt zu sanieren. Gleichzeitig sollen immer neue Flächen zur Ansiedlung von Gewerbe ausgewiesen werden.

Bei der Ausweisung von neuen Gewerbeflächen muss aber immer zwischen den wirtschaftlichen und ökologischen Belangen abgewogen werden. Hier gelten dieselben Maßstäbe wie für die Wohnbebauung. Bevor über weitere Gewerbegebiete diskutiert wird, wollen wir eine Debatte über den Bedarf und den zu erwartenden Flächenverbrauch – sowie die damit einhergehende Versiegelung – anstoßen. Die zukünftige Planung hat dem Ziel einer platzsparenden und effizienten Nutzung zu folgen wie sie in einem Konzept des Bundesumweltamtes (UBA), der IHK und der Leuphana – Universität formuliert wurde. Die Quadratmeterpreise in den Gewerbegebieten müssen die ökologische Wertigkeit widerspiegeln.

Wir setzen uns für eine ökologische Planung ein, wie sie im Gewerbegebiet Schirum einmal bereits in den 90er Jahren in Angriff genommen, dann aber von Verwaltung und Rat 10 Jahre später wieder aufgehoben wurde. Wir werden weiterhin darauf dringen, die ökologischen Aspekte bei der Schaffung von Gewerbeflächen höher zu bewerten, indem wir mehr Transparenz in der Information für die Bürger*innen und Alternativen in der Planung und Umsetzung einfordern.

Ausgleichsflächen

Ausgleichsflächen sind in direkter Nähe auszuweisen und genießen Bestandsschutz. Wir wollen erreichen, dass diese Flächen nicht mehr zur Erweiterung eines Gewerbegebietes herangezogen werden können und somit langfristig gesichert werden.

Regenwassergebühr und das Verursacherprinzip

Die Regenwassergebühr oder Abwassersplitting ist kein Versuch, mehr Einnahmen zu generieren und sie ist keine zusätzliche Gebühr, sondern eine Umstellung in der Gebührenordnung. Sie ist gleichzeitig ein Instrument zur gerechteren Verteilung der Kosten nach dem Verursacherprinzip zugunsten von privaten Haushalten.

Zurzeit finanzieren und subventionieren die kleinen Privathaushalte die Abwassergebühren der großen Gewerbebetriebe mit ihren großen versiegelten Flächen zu einem wesentlichen Teil mit. Hier müssen wir zu mehr Kostengerechtigkeit kommen. Das ist besonders in Zeiten

der Pandemie wichtig, um die Belastungen der Privathaushalte individuell reduzieren zu können.

Doch auch der ökologische Aspekt, den rasanten und ungebremsten Flächenverbrauch zurückzufahren und flächensparender im Sinne von Umwelt-, Arten- und Klimaschutz zu planen, wird dadurch befördert. Durch immer häufiger auftretende Starkregenereignisse und eine zunehmende Versiegelung kommen künftig hohe Investitionen auf die Ertüchtigung von Kanalisation und Entwässerungsmaßnahmen wie etwa Regenwasserrückhaltebecken auf die Stadt zu. In Niedersachsen liegt der Landkreis Aurich bei der Starkregengefährdung der Häuser mit 23% an der Spitze. Versicherungen haben auf diese Entwicklung bereits mit Beitragserhöhungen reagiert.

Amtlicherseits wird die Regenwassergebühr auch als Abwassersplitting bezeichnet. Wenn die Kanalisation Regenwasser und Abwasser aufnimmt, muss das getrennt und aufkommensneutral veranlagt werden. Das wurde bereits höchstrichterlich festgestellt. Das heißt, die Stadt hat nichts davon, sondern Nutznießer sind z.B. Familien mit Kindern in Ein- und Mehrfamilienhäusern. Diejenigen die viel einleiten, müssen auch entsprechend bezahlen. Viel eingeleitet wird durch versiegelte Flächen, weniger eingeleitet durch Versickerungsflächen oder -anlagen.

Durch die angespannte Haushaltslage gewinnt dieses Thema nun an Bedeutung. Die kommunalen Haushaltsverordnungen sehen nämlich vor, dass in einer angespannten Haushaltslage ein Haushaltssicherungskonzept zur Haushaltskonsolidierung zwingend erforderlich ist. Dazu gehört u.a. die Umstellung der bisherigen Abwassergebühren auf eine Regenwasserabgabe, wie sie auch schon vor drei Jahren von der Kommunalaufsicht des Landkreises vorgeschlagen wurde.

Die Umstellung dauert wegen der Erhebung der Daten mehrere Jahre. Darum wollen wir, dass jetzt damit begonnen wird. Die Stadt kann dabei auf die positiven Erfahrungen anderer vergleichbarer Kommunen zurückgreifen.

Einkaufen

Die Gestaltung der Innenstadt muss Bürger*innen motivieren, dort Einkäufe zu erledigen

Die Innenstadt hat in den letzten Jahren immer mehr an Attraktivität verloren. Viele inhabergeführte Geschäfte haben aus unterschiedlichen Gründen aufgegeben und sind durch Ketten ersetzt worden. Gleichzeitig ist der Leerstand dramatisch gestiegen. Nicht zuletzt durch die Pandemie hat sich das Einkaufsverhalten der Bevölkerung verändert. Die Innenstadt kann nicht mehr mit den Einkaufsmöglichkeiten auf der „Grünen Wiese“ konkurrieren. Die riesigen Einkaufszentren werden vor allem mit dem Auto angefahren und sind zu Fuß oder mit dem Fahrrad schwer erreichbar. Die Menschen ohne Auto, finden in dieser Planung keine Berücksichtigung. Darum sind die derzeitigen Pläne zur dezentralen Nahversorgung wie an der Wiesenstraße, am Pferdemarkt oder langfristig auf dem Kasernengelände zu begrüßen.

Innenstadt

Das Potenzial der Innenstadt liegt dagegen in der Vielfalt kleinerer und größerer Geschäfte, die sich zum Publikumsmagneten entwickeln können. Die Fußgängerzone muss dazu attraktiver gestaltet werden, u. a. durch sanierte Fassaden, Radfahrmöglichkeiten (wie in niederländischen Städten), ansprechendes Lichtdesign, bequeme Sitzgelegenheiten und Begrünung. Angrenzende Bereiche wie etwa die Reste der ehemaligen Wallanlagen sollten stärker als grüne Oasen entwickelt und Orte der Erholung werden.

Außerdem wollen wir Anreize für mehr Gastronomie schaffen. Cafés und Gaststätten, die auch an Feiertagen und am Abend geöffnet haben, tragen viel zur Belebung und Attraktivität einer Fußgängerzone bei. Das motiviert die Menschen zum Schlendern und Verweilen, zum Entspannen und Konsumieren mit Genuss. Positive Beispiele, an denen wir uns orientieren wollen, gibt es u. a. in Papenburg und Leer zu besichtigen. Zur weiteren Attraktivitätssteigerung wollen wir weiterhin mit der Kaufmannschaft im Gespräch bleiben, um eine Harmonisierung der Geschäftszeiten, besonders an den Samstagen, zu erreichen.

Um sich auch unabhängig vom Fahrrad in der Innenstadt bewegen zu können, wollen wir zusätzlich zu den Fahrradständen am Schloss und am ZOB an weiteren zentralen Stellen Abstellmöglichkeiten schaffen, wie z. B. an der Burgstraße oder am Marktplatz. Zusätzlich wollen wir Ladestationen für E-Bikes einrichten. Durch solche Maßnahmen soll der Innenstadtbereich attraktiver für den Fußgänger- und Fahrradverkehr gestaltet werden, wie es viele niederländische Städte heute schon vormachen.

Überhaupt sollte die Auricher Verkehrspolitik sich vermehrt gute Anregungen aus den Niederlanden holen.

Verkehr und Mobilität

Richtschnur für Maßnahmen im Bereich der Mobilität (Radverkehr, Bus, Eisenbahn, Autoverkehr, Parkplätze) sind die Lebensqualität der Bürger*innen und der Schutz von Natur und Umwelt.

Während das riesige vorhandene Straßennetz verfällt, weil nicht genügend Geld zur Bauunterhaltung bereitsteht, werden stetig weitere Straßen gebaut. Und das in einem Land, das eines der dichtesten Straßennetze in Europa hat. Der Bahnausbau steht hierbei ebenso im Schatten der Straße, wie der Ausbau der Radwege – obwohl letztere gerade in ländlichen Räumen wie Ostfriesland dringend notwendig sind.

Fahrradland Ostfriesland

Fahrradwege sind mehr als nur Abfallprodukte des Straßenbaus. Durch einen Fahrradverkehrswegeplan wollen wir erreichen, dass ein eigenständiges Radwegenetz entsteht und Fahrradwege auch unabhängig von Straßen geplant werden. Durch den beschlossenen Masterplan Fahrradverkehr wollen wir erreichen, dass neben der Priorisierung des innerstädtischen Fahrradverkehrs ein eigenständiges Radwegenetz entsteht und Fahrradwege auch unabhängig von Straßen geplant werden.

Auf unsere Initiative hin ist Aurich Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher

Kommunen in Niedersachsen (AGFK) geworden. Schon bei der letzten Kommunalwahl strebten wir an, dass unsere Stadt bis spätestens 2019 das Zertifikat einer fahrradfreundlichen Kommune erwirbt. Das Label wird von der AGFK vergeben. Doch bis heute waren die notwendigen Bedingungen zum Erwerb dieses Zertifikats noch nicht erfüllt.

Beim „Fahrradclimatest“ des ADFC liegt Aurich seit Jahren im unteren Bereich und kommt nicht vom Fleck. Deshalb fordern wir mehr Anstrengungen zu einer Verbesserung des „Fahrradklimas“. Der eigens für Aurich erstellte und einstimmig im Rat verabschiedete „Masterplan Fahrradverkehr“ bietet dafür eine gute Grundlage, aber seine Anregungen werden nur zögerlich umgesetzt. Um wirklich wie dort geplant den Anteil des Radverkehrs von 20 auf 30% bis 2030 zu erhöhen, sind die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel unzureichend. Notwendig wäre eine Umwidmung eines Teils der für den Autoverkehr geplanten finanziellen Mittel zugunsten des Radverkehrs.

Wir haben begonnen, die Attraktivität und die Sicherheit des Fahrradverkehrs zu verbessern, indem wir u. a. Radwege auf städtischem Gebiet neu ausweisen, ausbauen oder neu bauen. Hierzu gehört beispielsweise auch der Radweg von Wiesens an der L 34 nach Brockzetel. Für uns steht die Sicherheit der Fahrradfahrenden an erster Stelle.

Der Ostfriesland-Wanderweg ist eine der beiden Hauptfahrradachsen, in seiner Bedeutung mit einer Landesstraße zu vergleichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass er Querungsvorrang erhält vor allen Straßen und Wegen, ausgenommen Bundes- und Landesstraßen.

Die Stellung des/der ehrenamtlichen Radverkehrsbeauftragten ist zu stärken: Er/Sie soll Ansprechpartner*in für die Öffentlichkeit sein und dazu mehr bekannt gemacht werden. Eingaben und Initiativen sind zügiger als bisher von der Verwaltung zu prüfen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten umzusetzen. In den zuständigen Ratsgremien und bei der Stadtverwaltung ist er/sie bei allen radverkehrsrelevanten Überlegungen und Maßnahmen zu beteiligen. Einmal jährlich soll ein Tätigkeitsbericht dazu vorgelegt werden, der veröffentlicht wird.

Mittlerweile hat der Fahrradverkehr auch in Aurich eine starke Lobby, durch die die Missstände im Bereich der Fahrradwege und der Sicherheit der Fahrradfahrer*innen aufgedeckt und notwendige Gegenmaßnahmen benannt werden. Wir beteiligen uns an Aktionen wie der Critical Mass und unterstützen Vereine, die den Fahrradtourismus fördern wollen.

Masterplan Fahrradverkehr

Die Innenstadt ist bisher einseitig auf den Autoverkehr ausgerichtet. Das bedeutet Lärm, Abgase und verschwendete Flächen. Die Zunahme des Radverkehrs jedoch und insbesondere die steigende Anzahl insbesondere von E-Bikes finden bisher in der Stadtplanung nicht den erforderlichen Widerhall.

Unser Vorschlag, die Markthalle zwischenzeitlich bis zur endgültigen Entscheidung über das weitere Schicksal als Fahrradgarage zu nutzen fand keine Mehrheit. Dennoch ist eine zentrale Abstellmöglichkeit notwendig, wo die Fahrräder vor Vandalismus, Diebstahl oder Schlechtwetter geschützt sind. Denkbar ist auch ein Servicepunkt der Auricher Fahrradhändler und Schließfächer für die Einkäufe. Eine Fahrradgarage in der Tiefgarage unter dem Marktplatz lehnen wir ab.

Die Ausweisung von Fahrradstraßen stagniert. Die Debatte um den Grünen Weg und die

Missachtung als ausgewiesene Fahrradstraße muss ein Ende haben. Auch die Parallelstraße, das Haxtumer Feld wartet seit 16 Jahren auf den Bau eines Fahrradweges. Hier sollte eine Fahrradstraße geprüft werden, die zeitnah die Sicherheit des Schulweges verbessern würde.

Im innerstädtischen Bereich wollen wir z. B. die Lilien- und Wallstraße als Fahrradstraßen ausweisen. So schlagen wir vor, in der Norderstraße die Mittelspur von 4 m auf 2 m zu verengen und auf Radwegpflasterung umzustellen. Die Seitenbereiche – heute eng und oft genug mit Verkaufsständen verstellt – können dann großzügig erweitert werden. Zwischen dem Rathaus und dem Ärztehaus am Lüchtenburger Weg ist eine direkte fußläufige und fahrradfreundliche Verbindung zu schaffen.

Zusätzlich wollen wir Ladestationen für E-Bikes einrichten. Durch solche Maßnahmen soll der Innenstadtbereich attraktiver für Fußgänger*innen und Fahrradverkehr gestaltet werden, wie es viele niederländische Städte heute schon vormachen.

Wenn mehr Leute mit dem Rad in die Stadt kommen, wird das die Straßen im Innenstadtbereich vom Autoverkehr entlasten. Zudem würde sich die Parkplatzsituation in Aurich weiter entspannen, wenn mehr Kunden und Beschäftigte motiviert werden könnten, auf das Auto zu verzichten.

Pferdemarkt und Ostertor

Die Pferdemarkt- und Ostertorkreuzung sind zu verbessern. Hier sind bei einer Neuplanung vor allem die Interessen der Radfahrenden und Fußgänger*innen stärker zu berücksichtigen als derzeit. Gerade für Kinder und ältere Leute ist die Überquerung der Pferdemarktkreuzung aktuell in höchstem Maße gefährlich. Wir wollen erreichen, dass sich die Sicherheitsbedingungen für diese Verkehrsteilnehmenden entscheidend verbessern. Aurich hat genügend Tief- und ebenerdige Garagen für Autos. Die dafür künftig vorgesehenen Mittel sollten für kreuzungsfreie Querung der Hauptachsen zumindest an der Pferdemarkt- und Ostertorkreuzung verwendet werden (Fahrrad-/Fußgänger-Tunnel oder -Brücke). Die Stadtpolitik möge sich beim Bund und Land dafür einsetzen.

Es ist dringend geboten, den Straßenverkehr auf den Bundesstraßen durch die Stadt durch „Grüne Wellen“ zu verbessern und den Verkehr flüssiger zu gestalten durch technische Möglichkeiten, wie Informationen zur Länge der Ampelphasen und Geschwindigkeit. Dadurch würde ein erheblicher Teil an Treibstoff, Lärm, Abgasen und Nerven eingespart. Die Ampelzeiten für (ältere und gehbehinderte) Fußgänger*innen und Radfahrende sind besonders an den Hauptkreuzungen zu kurz und müssen verlängert werden. Zwischenstopps auf Verkehrsinseln sind für Fahrräder mit Anhänger und Schulklassen zu gefährlich und sollten vermieden werden.

Lärmschutz

Die Lärmbelastung ist eine oft unterschätzte Gesundheitsgefahr. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung fühlt sich durch Lärm oft oder gar ständig belastet. Das Umweltbundesamt nennt zahlreiche gesundheitliche Folgen, u.a. Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Schlafstörungen usw. Kommunen können dem besonders im Bereich Verkehrsplanung und

Nachbarschaftslärm entgegenwirken.

Bei der Raumplanung und der Bauleitplanung ist die Lärminderung stärker zu berücksichtigen. Vorhandene Straßen sind mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen zu versehen. Beim Nachbarschaftslärm, besonders durch motorisierte Gartengeräte, ist auf die Einhaltung der gesetzlichen Ruhezeiten hinzuwirken.

Um insbesondere die Lärmbelastung durch den zunehmenden Durchgangsverkehr in den Ortsteilen Wiesens, Popens und Egels zu minimieren, setzen wir uns stattdessen dafür ein, dass verkehrslenkende Maßnahmen und Temporeduzierungen auf 30 km/h insbesondere für den Schwerverkehr geprüft und umgesetzt werden.

Umgehungsstraßen

Ostumgehung

Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete wollen wir erreichen, dass die Verkehrsentwicklung der Ziel- und Quellverkehre mitbedacht und geplant wird. Wir wollen verhindern, dass durch Sachzwänge im Nachgang innerörtliche Entlastungsstraßen gebaut werden. Darum lehnen wir eine sogenannte Ostumgehung (die Verlängerung der Sandhorster Allee bis zum Schoolpad in Popens) ab, da sie vor allem den Durchgangsverkehr vom Südeweg in Richtung B 72 aufnehmen würde. Die Freiflächen, welche die Ortsteile optisch voneinander trennen, dürfen nicht zu Vorbehaltsflächen für innerörtliche Umgehungsstraßen werden.

Derzeit ist die Achse von der Leerer Landstraße über den Schoolpad – Heerenkamp – Eckfehler Weg oder Hoheberger Weg – Sandhorster Allee – Südeweg zur Esenser Straße eine heimliche Ostumgehung. Diese Straßen sind durchgehend auf Tempo 30 und 3,5 t Gesamtgewicht zu begrenzen. Besonders wichtig ist dies für den Heerenkamp, weil hier auf 500 m Kindergarten, zwei Arztpraxen, Kirche, Apotheke, Bankfiliale, Supermarkt und 5 Straßeneinmündungen viele Überquerungen zur Folge haben.

Am Schoolpad ist der kombinierte Zweirichtungs-Fuß-Radweg in sehr schlechtem Zustand und auch viel zu schmal, was bei Gegenverkehr schon zu Unfällen geführt hat. Hier ist entweder dieser Weg zu verbreitern oder ein Radfahrstreifen auf der Fahrbahn in Verbindung mit Tempo 30 einzurichten.

Wir wollen die Durchlässigkeit für Fahrrad- und Fußgängerverkehre erhöhen, um durch kürzere Wege die Nutzung von Fuß und Fahrrad attraktiver zu machen.

Bestehende Initiativen zum Car-Sharing finden unsere volle Unterstützung. Auch solche Initiativen sind geeignet, die Fläche für abgestellte Fahrzeuge zu verringern. Zur Unterstützung wollen wir gesonderte Parkplätze für diese Fahrzeuge in der Innenstadt ausweisen.

Stadtumgehung / B 210n

Mit solchen intelligenten Lösungen entfällt auch die Notwendigkeit einer Stadtumgehung, die nicht nur riesige Wallheckenlandschaften und landwirtschaftliche Flächen zerstören, sondern

auch die Lebensqualität vieler Anwohner*innen nachhaltig beeinträchtigen würde. Wir unterstützen daher alle Initiativen, die gegen die B 210n kämpfen und werden unser Möglichstes zur Verhinderung der Straße und zum Erhalt von Natur und Landschaft tun.

Unsere Ablehnung der B 210n ist nicht verhandelbar.

Personenbahn

Während der Güterverkehr auf der reaktivierten Bahntrasse Aurich – Abelitz heute schon die Straßen spürbar entlasten kann, fehlt ein angemessener schienengebundener Personen(nah)verkehr (SPNV). In Aussicht gestellte Landesmittel müssen von Stadt und Kreis dafür unbedingt beantragt werden, da Aurich eine der letzten Mittelzentren ohne Bahnanschluss ist.

Dafür ist es notwendig, dass ein Bahnsteig in direkter Nähe des neuen ZOB-Standortes auf dem Parkplatzgelände der Sparkassenarena städtebaulich gesichert wird und wie es von den Grünen schon Anfang der 90er Jahre gefordert wurde.

Wir halten eine Schienenbusanbindung zwischen Aurich und Emden für eine echte Innovation. Der Schienenbus ist ein Nahverkehrstriebwagen, der Aurich und Emden miteinander verbindet und darüber hinaus die dazwischen liegenden Ortschaften anbinden würde. Betrieben mit „grünem Wasserstoff“ (der mit regenerativer Energie gewonnen wird), wäre diese Bahnverbindung auch ein ökologisches Vorzeigeprojekt.

Hinzu kommt die Fähigkeit, wie bei einer Regionalbahn, auch Fahrräder mitnehmen zu können und damit zwei Verkehrsträger zu kombinieren. Busse können dies nicht oder nur sehr eingeschränkt bieten.

Vor allem in der Touristensaison, aber auch für Pendler*innen zwischen Emden und Aurich ist diese Option interessant, weil sie zwei große Veranstaltungshallen miteinander verbindet. Als attraktive Alternative zum Bus würde auch der Fernverkehr profitieren. Als Zubringer zum Bahnhof Emden wären Paris in 8, Berlin in knapp 6, Düsseldorf und Hamburg in knapp 4 Stunden erreichbar.

Innerhalb Aurichs bietet der Schienenbus die Verbindung von Walle, Gewerbegebiet West, Sparkassenarena, West-Aurich, Sandhorst und Gewerbegebiet Nord.

Busverkehr

Busse gehören weiterhin zu den wichtigsten Verkehrsträgern. Wir wollen die Vernetzung auf Langstrecken mit Anbindung an das Fernbussystem vorantreiben z. B. mit einer Direktverbindung nach Oldenburg (Erweiterung der vorhandenen Schnellbuslinie S 35).

Die Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde spielt für uns dabei eine zentrale Rolle, zu der auch der Verkehrsverbund Ems-Jade (VEJ) gehören muss. Neben attraktiven Fahrplänen – auch zu Tagesrandzeiten – gehört dazu weiterhin ein Ticketverbund, so dass man z. B. mit dem Niedersachsenticket auch den Bus benutzen oder sich mit einem einzigen Busticket über die

Grenzen der Verkehrsverbände hinweg bewegen kann.

Rufbus

Als Ergänzung zum ÖPNV, dem regionalen Busverkehr sowie zum Fahrrad sollte der Anrufbus dazu beitragen, Auricher Bürger*innen zu motivieren, auf das Auto zu verzichten und Menschen ohne Auto die Möglichkeit eröffnen, mobil zu sein.

Da der Anrufbus nicht die gewünschte Akzeptanz in der Bevölkerung besitzt, soll er zu einem Stadtbussystem mit festen Linien ausgebaut und in den gerade im Aufbau befindlichen Verkehrsverbund des Landkreises Aurich integriert werden.

Allerdings würde das zu Beginn einen erhöhten jährlichen Zuschuss bedeuten, der sich erst nach einer Umstellungsphase wieder verringern würde. Da der ÖPNV für uns zur Daseinsvorsorge gehört, hat er für uns eine hohe Priorität. Der Anrufbus bleibt darum – wie der Fahrradverkehr – zentrales verkehrspolitisches Thema der nächsten Wahlperiode.

Verkehrssicherheit

Oberste Leitlinie grüner Verkehrspolitik ist neben der Schonung der Natur die Sicherheit und Lebensqualität der Menschen.

Dies gilt besonders für Kinder, ältere und behinderte Menschen. Schon 2017 hat der Bundesrat beschlossen, dass künftig Tempo 30 vor Kitas und Schulen sowie vor Krankenhäusern und Pflegeheimen die Regel sein soll. D. h. seitdem soll nicht mehr in jedem Einzelfall die Notwendigkeit eines Tempolimits aufwändig begründet werden, sondern die Verkehrsplaner müssen umgekehrt begründen, warum sie von dieser Regel abweichen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in unserer Stadt diese Regel zur Normalität wird.

Ein Problem an Ortseinfahrten ist oft, dass erst sehr spät die innerörtliche Begrenzung eingehalten wird. Hier könnten wir uns ein Beispiel an den Niederlanden oder Dänemark nehmen: An jeder Ortseinfahrt wird die Straße mittels einer Verkehrsinsel so verschwenkt, dass man sie nur mit 50 km/h unbeschadet passieren kann.

Klimaschutz und Energie

Die globalen Ziele des Klimaschutzes sind mit Beschlüssen der Stadtpolitik zu verknüpfen. Der Auftrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes ist ein erster Erfolg. In der vergangenen Wahlperiode hat die Stadt bereits viele energiesparende und klimaschonende Maßnahmen begonnen oder schon umgesetzt, z. B. die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Konzepte.

Um diesen Weg noch konsequenter weiterzugehen, wurde von uns die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes mit der Einstellung einer Klimaschutzmanagerin auf den Weg gebracht. Beides bildet die Grundlage für ein planbares, gezieltes Vorgehen bei der Umsetzung von Klimazielen.

Der CO₂-Ausstoß in Aurich soll durch diese von Land, Bund und EU geförderten Maßnahmen wesentlich verringert werden. Die energetische Sanierung, z. B. in städtischen Gebäuden, ökologische Verkehrskonzepte wie die weitere Förderung des Rad- und Stadtbusverkehrs und der Ausbau der Energieberatung sollen vorangetrieben werden. Das Bundesumweltministerium fördert einen großen Teil dieser Ausgaben. Wir fordern, dass öffentliche Dachflächen durch die Stadt Aurich im Eigenbetrieb oder durch Vermietung zur Stromerzeugung durch Photovoltaik genutzt werden.

Ein Schwerpunkt des Klimakonzepts wird u. a. die Frage sein, wie der innerstädtische Autoverkehr reduziert werden kann. Hier wird es Aufgabe der Klimaschutzmanagerin sein, entsprechende Konzepte vorzulegen. Dabei sind neben dem Radverkehr, der Eisenbahn und dem straßengebundenen ÖPNV, auch die in Aurich bestehenden Ansätze eines Car-Sharing-Systems und ihre Ausweitung auf ihren Betrag zum Klimaschutz zu untersuchen.

Grüner Wasserstoff

Die Zukunft der Energiepolitik besteht nicht nur als Elektromobilität. Wir halten insbesondere „grünen Wasserstoff“ für einen herausragenden Energieträger der Zukunft. „Grün“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Wasserstoff mittels Photovoltaik oder Windenergie – also mit regenerativen Energien – gewonnen wird.

Um grünen Wasserstoff als Energieträger zu etablieren und auszubauen, soll in Zusammenarbeit mit der EWE ein Hybridkraftwerk entstehen. Dieses könnte z.B. auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne stehen, weil dort riesige Dachflächen für Photovoltaik und das bisherige Kesselhaus zur Verfügung stehen.

Der so gewonnene Wasserstoff kann zum Heizen, Wassererwärmen, zur Gewinnung von Strom oder direkt als Treibstoff für Wasserstoffantriebe genutzt werden. Als Abnehmer kommen insbesondere die öffentlichen Gebäude (z.B. Heizung und Strom für Schulen/ Verwaltung) und der öffentliche Nahverkehr (Busse/Nahverkehrstriebwagen) in Frage.

Windenergie

Bezüglich des Ausbaus der Windenergie hat der Landkreis Aurich inzwischen sein Soll mehr als erfüllt. Ausgehend von einer Bedarfsfläche für 20 GW für ganz Niedersachsen liegt er zusammen mit dem Landkreis Leer und der Stadt Emden laut Winderlass der niedersächsischen Landesregierung mit 30 % der Gesamtleistung an der Spitze.

Aus Gerechtigkeitsgründen werden deshalb keine weiteren Anforderungen seitens des Landes Niedersachsen mehr gestellt, sondern weitere Entscheidungen den Kommunen überlassen. Immer häufiger kommt es zu Konflikten konkurrierender Interessen von Einwohner*innen, Naturschutz oder Tourismus.

Da laut Winderlass viele Standorte nach heutigem Recht fehlerhaft sind, müssen weitere Flächen im Einzelfall hinsichtlich der Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie der rechtlichen Vorgaben gründlich geprüft werden.

Kultur, Sport und Erholung

Das kulturelle Angebot zu sichern und auszuweiten, Orte für Sport, Erholung und Entspannung zu schaffen, bleibt auch in der nächsten Wahlperiode Ziel grüner Politik.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir die Arbeit der bestehenden kulturellen Einrichtungen wie z. B. das Historische Museum, die Stadtbibliothek, das MachMitMuseum und die Kunstschule bei Bedarf unterstützt. Das gilt auch für den neuen Standort der Kunstschule am Ende der Osterstraße und für das Europahaus, das Jugend- und Familienzentrum, das Freizeitbad „de Baalje“ und die Skatehalle.

Kulturelle Veranstaltungen und Kulturstätten

Dieses Ziel verfolgen wir weiter, da Kultur für uns zur Daseinsvorsorge gehört. Das Stadtfest, das Fest der Kulturen und andere kulturelle Veranstaltungen sind fester Bestandteil des öffentlichen Lebens geworden. In diesem Sinne wollen wir auch den Christopher-Street-Day (CSD) entsprechend unterstützen.

Das „historische Gewissen“ der Stadt ist inzwischen geprägt durch eine Vielzahl von Denkmälern, Schautafeln und Lernorten. Einige davon sind in der vergangenen Wahlperiode entstanden wie die Schautafeln am „de Baalje“. Die Verlegung der Stolpersteine ist für unsere Stadt eine besondere Form der geschichtlichen Auseinandersetzung und unserer besonderen Verantwortung an der wir uns aktiv beteiligt haben. Das werden wir fortsetzen.

Am ehemaligen Panzergraben im Sandhorster Wald hat ebenfalls die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte Aurichs begonnen. Das wollen wir ausweiten und zusammen mit der Ostfriesischen Landschaft auch die Bunker in die betrachtende Darstellung mit einbeziehen. Aber auch seine ältere Geschichte und einzigartige Bedeutung für die frühe Entwicklung Aurichs und seines Umlandes sollen zukünftig mehr Raum in der Kulturarbeit der Stadt Aurich einnehmen.

Bei unseren Planungen zur Konversion des ehemaligen Kasernengeländes wäre das ehemalige Unteroffiziersheim besonders geeignet, zu einem Künstler*innen-Haus zu werden. Das gilt sowohl für das Gebäude selbst, als auch für die ausgesprochen reizvolle Umgebung mit altem Baumbestand und Parkcharakter. Das Gebäude böte zahlreiche attraktive Räumlichkeiten zur Einrichtung von Ausstellungen, Werkstätten, Gastronomie und gesellschaftlichen Ereignissen.

Die Niederdeutsche Bühne könnte hier ihre neue Wirkungsstätte finden. Ein Künstlerhaus mit Musik- und Probenräumen, Theaterbühne, Requisite sowie eine Kulissenbau-Werkstatt. Kulturtreff mit Bar, Gesellschaftsräumen, Bildergalerie, Literatur-Café, Künstlerwerkstätten und -shop sind weitere Ideen.

Zwischenraum und Zwischengarten

In der jetzigen Ratsperiode haben wir gemeinsam mit Kaufmannschaft und Unterstützung der Verwaltung die Entstehung des „Zwischenraumes“ initiiert und gefördert. Er ist ein gutes Beispiel für ein geglücktes kulturelles Bürgerengagement mit Unterstützung von Politik, Verwaltung und Einzelhandel.

Die Galerie und der Verein mit dem Ziel, städtische Leerstände auf Zeit mit kulturellem Leben zu füllen, haben das Angebot für Kunst & Kultur in Aurich erheblich ausgeweitet, sondern auch zur Belebung eines durch den Leerstand hervorgerufenen Verödung beigetragen.

Eine besondere Qualität hat auch der zum Zwischenraum gehörige Zwischengarten.

Mit diesem wird an die einst zahlreich vorhandenen Innenstadtgärten angeknüpft und zugleich ein weiterer Kunstraum unter freiem Himmel geschaffen.

Badesee Tannenhausen

Eine besondere Attraktion für Einheimische und Besucher*innen gleichermaßen ist der Tannenhausener Badesee. Besonders beliebt ist dieser Ort bei Familien mit Kindern, aber auch bei Jugendlichen mit unterschiedlichen sportlichen Ansprüchen. Dass es zu Nutzungskonflikten zwischen unterschiedlichen Zielgruppen, aber auch zwischen wirtschaftlichen und naturschützerischen Interessen kommt, liegt in der Natur der Sache.

Aus unserer Sicht sind die Grenzen der Tragfähigkeit erreicht und die Konflikte zwischen Bebauung, touristischem Angebot, Ruhebedürfnis und Naturbelangen ansonsten vorprogrammiert. Das gilt auch für die Grenzen der sportlichen Aktivitäten und der Kapazität hinsichtlich Parkraum in den umliegenden Wohnvierteln.

Vereine

Die Sportvereine leisten einen herausragenden Beitrag im Rahmen der Freizeitgestaltung Jugendlicher und Erwachsener. Zunehmend wichtiger wird ihr Beitrag für die Integration von . Die Unterstützung der Sportvereine war in der Vergangenheit wichtiges Anliegen Grüner Politik und wird es auch in der nächsten Wahlperiode bleiben.

Fair-Trade-Stadt

Die offizielle Anerkennung Aurichs als Fair-Trade-Stadt war ein erster Erfolg. Die Mindestanforderung in einer Stadt wie Aurich bedeutet, dass mindestens neun Geschäfte und fünf Gastronomiebetriebe jeweils mindestens zwei fair gehandelte Produkte (Kaffee, Kakao, Schokolade, Reis, Getreide, Süßigkeiten, Baumwolle etc.) anbieten müssen.

Auch wenn die Kriterien formal erfüllt werden, ist die Idee bei vielen Auricher*innen noch zu wenig bekannt. Mit mehr Information, Öffentlichkeitsbeteiligung, Projekten und unterstützender Werbung durch die Stadt wollen wir erreichen, dass die Idee und die Produkte des Fair-Trade stärker im alltäglichen Leben präsent sind.

Schule und Bildung

Die IGS muss als Schule für alle Kinder gestärkt werden, die Ganztagsangebote an den Grundschulen sind auszubauen, der Besuch des Kindergartens soll weiter kostenlos möglich sein.

Gesamtschulen

Wir Grünen sehen in der Integrierten Gesamtschule nach wie vor die Schule der Zukunft. Nur in einer Schule für alle Kinder kann auch Inklusion (die Integration beeinträchtigter Kinder) gelingen. Dazu heißt es in der von der UN verabschiedeten Behindertenkonvention: „Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen ...“ Seit dem 26. März 2009 ist diese Konvention für alle Bundesländer Deutschlands verpflichtend.

Nach der Zusammenlegung und der IGS Aurich – West und Aurich-Ost sowie dem Neubau haben sich die Hoffnungen auf höhere Anmeldungen nicht erfüllt.

Gleichzeitig gehen die Schülerzahlen am Gymnasium und an der städtischen Realschule und durch die Decke. Für das dadurch entstehende Raumproblem müssen Lösungen in Kooperation mit dem Landkreis gesucht werden bevor über einen kostenintensiven Anbau nachgedacht wird.

Wir Grünen wollen ein Schulsystem, das die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichert und dazu beiträgt, die soziale Spaltung zu überwinden, anstatt sie zu verfestigen. Wir wollen flächendeckend das inklusive Lernen ausbauen und durch mehr Qualität im Unterricht und an den Schulen mehr Bildungsgerechtigkeit verwirklichen. Grüne Schulpolitik will darüber hinaus erreichen, dass in der Schule das Lernen miteinander und voneinander möglich wird, dass Vielfalt als Chance begriffen wird und dass Kinder und Jugendliche in stärkerem Maße ermutigt werden als bisher.

Inklusion

Kein Kind darf bei seinen Bildungschancen benachteiligt werden. Darum fordern wir, dass Inklusion an allen Schulen vorangetrieben werden muss. Auch für Schüler*innen, deren Eltern nicht die Möglichkeiten einer eigenen Betreuung haben, soll eine dauerhafte Betreuung ermöglicht werden. Hierfür müssen Horte eingerichtet und Ganztagsangebote verbessert werden. Die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Kindergärten ist kostenlos zu gestalten.

In Niedersachsen ist die inklusive Schule verbindlich zum Schuljahresbeginn 2013/14 eingeführt worden. Die IGS ist die einzige Schule, die das inklusive Angebot konsequent umsetzt und die notwendigen Voraussetzungen bietet, um Kinder mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und kulturellem Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft zu integrieren. Allerdings dürfen andere Schulen nicht aus der Pflicht entlassen werden, die Inklusion zu verwirklichen. Dieses gilt vor allem für die Realschule und das Gymnasium in Aurich.

Grundschulen

Solange es pädagogisch und finanziell zu vertreten ist, sollten die bestehenden Grundschulstandorte im Stadtgebiet erhalten werden. Nach wie vor gilt die Devise „Kurze Beine – Kurze Wege“. Allerdings werden Grundschulen in den Ortsteilen mit weiter zurückgehenden Schülerzahlen in ihrer Existenz nur gesichert werden können, wenn diese

organisatorisch und pädagogisch kooperieren.

Lesenester und Mathestübchen haben sich als sinnvolle Ergänzung des Unterrichts in den Grundschulen bewährt. Sie sind daher zu erhalten und auszubauen.

Kindergärten

In den zurückliegenden Jahren wurde die Zahl der Plätze sowie die Öffnungszeiten in Krippen, Kindergärten und Kinderhorten erheblich ausgeweitet. Das begrüßen wir. Der Besuch eines Kindergartens ist für Auricher*innen kostenlos. Durch Einstellung zusätzlicher Betreuungskräfte gibt es die Möglichkeit, Kleingruppen zu bilden.

Dabei streben wir an, die Gruppengrößen schrittweise auf 18 – 20 Kinder zu verringern. Auch die Zahl der Hortplätze wurde erheblich gesteigert. Sie wurden bevorzugt an Grundschulen eingerichtet. Um die Förderung und Betreuung an Grundschulen zu verbessern, hat sich die Stadt Aurich neben weiteren drei Kommunen in Niedersachsen am Landesprojekt „Kooperativer Hort“ beteiligt. So sollen in Zukunft Ganztagschulen eingerichtet werden und diese mit den Horten noch enger zusammenarbeiten. Das Modell des „Kooperativen Horts“ (Kooperation Hort / Ganztagsgrundschule an der Lambertischule) ist weiterzuführen und auf weitere Grundschulen auszudehnen.

Der Zuzug aus dem Umland und die in den letzten Wochen bekannt gewordenen enormen Anmeldezahlen erfordern einen weiteren Ausbau an Plätzen in Kinderkrippen, -gärten und -horten. Die Zahl integrativer Plätze sowie das Ganztagsangebot müssen weiter ausgebaut werden, um allen Kindern eine bestmögliche Förderung zugänglich zu machen. Wir wollen kostenlose Kindergartenplätze erhalten und die Gebühren in Krippen und Horten weiterhin sozial gestalten.

Fachhochschule

In Erweiterung der bestehenden FH Emden/Leer wollen wir auch in Aurich einen Standort der FH begründen. Diese soll das Bildungsangebot um die Fachbereiche „Künstliche Intelligenz“, „Bionik“ und „Wasserstoff und Regenerative Energien“ ergänzen.

Ein eigener innovativer FH-Teil in Aurich unter Einbeziehung des EEZ würde nicht nur das Bildungsangebot erweitern, sondern auch vorhandenen Ressourcen bündeln, sowie Bildung, Forschung und Arbeit vernetzen. Mit dieser Maßnahme wollen wir jungen Leuten eine Perspektive in der Region eröffnen, ein attraktives Studienangebot vor Ort wahrnehmen zu können.

Schnelles Internet

Ein schnelles Internet ist heutzutage genauso ein Bestandteil der Lebensqualität, wie Einkaufen, Verkehrsträger, Bildungs- und Kulturangebote, sowie eine intakte Umwelt. Wir fordern deswegen eine flächendeckende Versorgung mit Breitband- und Glasfasernetzen. Im Augenblick liegt das Hauptaugenmerk auf der Beschleunigung in den Gewerbegebieten und in der Kernstadt Aurich.

Die Ortsteile sind weiterhin nur schlecht versorgt. Hier wollen wir eine gerechte Teilhabe am schnellen Internet erreichen. Gerade junge Menschen berücksichtigen bei der Wahl ihres

Wohnortes auch eine leistungsfähige Anbindung an das Internet.

Dafür setzen wir uns in Aurich und im Umland ein:

- das Glasfasernetz auch bis in die Ortsteile auszubauen.
- die Versorgung mit LTE bis zu 4G und anderen alternativen Technologien weiterzuentwickeln und auszubauen
- den Markt für andere Internet-Anbieter zu öffnen, um einen echten Wettbewerb zu fördern
- bei der Planung von Neubaugebieten gleich die entsprechenden Technologien vorzusehen und die Umsetzung zu kontrollieren
- das freie WLAN im Innenstadtbereich in Kooperation mit Kaufmannschaft und Gastronomie zu erweitern

Verhältnisse wie im Neubaugebiet in Wallinghausen, in dem die medialen Komponenten komplett vergessen wurden, dürfen sich nicht wiederholen.

Die Digitalisierung in Stadt, Schulen und Behörden ist weiter voranzutreiben. Schnelles Internet ermöglicht es den Bürger*innen, immer mehr Dienste auch online zu erledigen. So kann ein digitales Rathaus mit strikten DSGVO-konformen Möglichkeiten der Online-Antragstellung und -Terminfindung notwendige Behördengänge verringern und die Effizienz steigern.

Migrant*innen

Geflüchtete sind in Aurich willkommen. Maßnahmen zur Integration finden unsere volle Unterstützung.

Auch wenn die Flüchtlingsströme durch politische Veränderungen z.Zt. zeitweise stark zurückgegangen sind, ist die Not der Menschen nicht besser geworden. Die Dramen, die sich an den EU- Außengrenzen abspielen, sind für uns inakzeptabel. Deshalb haben wir die Initiative „Aurich als sicheren Hafen“ unterstützt. Wenn es wieder zu größeren Aufnahmen von Geflüchteten kommt, wollen wir diese Arbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen mit dem Ziel, dass diese Menschen und ihre Familien bei uns eine neue Existenz gründen können.

Integrationsarbeit

Integration ist mehr als das Erlernen der Sprache. Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen sind aber Grundvoraussetzungen für die Integration in unsere Gesellschaft. Hier sind vor allem die öffentlichen Bildungseinrichtungen aus Stadt und Kreis gefordert, möglichst schnell diese Kursangebote sicherzustellen.

In Aurich besteht ein großer Bedarf bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen im Einzelhandel, im Handwerk, in der Kranken- und Altenpflege. Mit Hinweis auf bürokratische Hemmnisse müssen junge lernwillige Migrant*innen leider noch viel zu lange auf Integrationskurse warten. Das führt zu unnötigen Frustrationen auf beiden Seiten.

Zusammen mit der Handwerkskammer sollten die Vorgaben und Ansprüche der Wirtschaft

benannt werden und motivierten Migrant*innen möglichst früh die Möglichkeit des Einstiegs in die Berufswelt gegeben werden. Wir verstehen Zuwanderung als Chance und halten es für unsere Pflicht, diesen Weg zu unterstützen.

Frauen und Gleichstellung

Gleichberechtigte Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen in unserer Gesellschaft zu schaffen, muss auch Richtschnur kommunaler Politik sein.

In vielen Regionen der Erde zeigt sich auch gegenwärtig, dass Demokratie und die damit verbundenen Rechte der Frauen sich nicht von selbst erledigen. Auch in Deutschland sind längst nicht alle Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter beseitigt und die Gleichberechtigung muss immer wieder mühsam erkämpft werden.

Wir wollen in allen Bereichen die Selbstbestimmung von Mann und Frau in all ihren unterschiedlichen Facetten fördern. Unsere Gesellschaft lebt von der Verschiedenartigkeit der Menschen. Wir wollen die Frauen unterstützen, die für sich die gleichen Rechte einfordern, wie z. B. den Zugang zu den besser bezahlten Jobs, um auch das Abgleiten in Hartz IV zu vermeiden. Das betrifft vor allem die Entlastung alleinerziehender Frauen.

Familie

Auch heute noch wird unserer Meinung nach in der Politik unverhältnismäßig stark auf das traditionelle Familienmodell gesetzt. Für uns ist jedes selbst gewählte Lebensmodell förderungswürdig. Die Lebensform von Menschen aller Altersgruppen – egal ob mit oder ohne Behinderung, seien sie verheiratet oder Single, sich für oder gegen Kinder entscheiden – oder grundsätzlich auch die sexuelle Selbstbestimmung darf nicht zu Diskriminierung und Ausgrenzung aus unserer Gemeinschaft führen. Deshalb unterstützen wir auch gerne den „Christopher-Street-Day“ in Aurich.

Frauen in die Politik

Damit diese unterschiedlichen Lebensentwürfe auch Eingang in die Politik finden, brauchen wir mehr Frauen in der Kommunalpolitik. Bündnis 90/Die Grünen ist die einzige Partei, die dafür sorgt, dass 50 Prozent der politischen Ämter an Frauen vergeben werden – vorausgesetzt natürlich, dass sich ausreichend Frauen zur Wahl stellen. Hier sehen auch bei uns Auricher Grünen noch große Entwicklungschancen.

Wir wollen deshalb besonders für Frauen und junge Familien die Voraussetzungen für die aktive Mitarbeit in der Kommunalpolitik verbessern, indem z.B.

Kinderbetreuungsmöglichkeiten während der Ausschusssitzungen direkt im Rathaus oder mittels ausreichend bezahlter, selbstorganisierter Betreuung Zuhause geschaffen werden. Dazu gehören aber auch Sitzungszeiten, die möglichst außerhalb der Familienkernzeiten (17-20h) liegen.

Nur durch die Wahl von Frauen in politische Ämter können alte Machtstrukturen, die für Frauen in der Vergangenheit häufig mit Nachteilen verbunden waren, aufgebrochen werden.

Häusliche Gewalt

Von häuslicher Gewalt betroffene Frauen benötigen kurzfristig ein sicheres Unterkommen. Einrichtungen wie z. B. das Frauen- und Kinderschutzhaus sind ausbaufähig und weiter zu fördern. Das Frauenhaus in Aurich leistet eine sehr gute Arbeit. Leider fehlt es oft an weitergehenden Angeboten für eine mittel- bzw. langfristige Unterbringung der betroffenen Frauen (mit ihren Kindern). Hier ist besonders im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ein hoher Bedarf, der leider immer noch nicht gesehen wird. Wir plädieren auch für leicht zugängliche Informationen, wo und wie Frauen Unterstützung bekommen können. Wir wollen erreichen, dass Frauen, egal mit welchem Hintergrund, nicht genötigt sind, aus den o. g. Gründen in gewalttätige häusliche Verhältnisse zurückkehren zu müssen. Diesen Personenkreis zu erreichen, aufzuklären und aus Notlagen zu befreien, ist ein Kernanliegen der Grünen in Aurich.

Gedenkstätten

Die Stadt Aurich hat eine Verpflichtung gegenüber Vergangenheit und Gegenwart, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen und Opfern würdig zu gedenken. Darüber hinaus sind Gedenkstätten auch Bildungs- und Lernorte, bei denen aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit produktive Lehren für die Zukunft gezogen werden. Das „Verstecken“ dieser Erinnerungsorte muss aufhören und stattdessen eine lebendige und offensive Auseinandersetzung mit ihnen stattfinden. Dies gilt auch für nationale Naturdenkmale wie etwa dem Upstalsboom oder Geotopen wie den weitläufigen Pingo-Ruinen. Sie sollten gesondert geschützt werden, da es sich um Orte von kulturhistorischer und erdgeschichtlicher Bedeutung handelt.

Panzergraben

Im Sandhorster Wald ist hierbei an erster Stelle der Panzergraben zu nennen. Die bereits eingerichtete Gedenkstätte soll deutlich aufgewertet und besser erlebbar gestaltet werden. Zu den Maßnahmen gehört eine bessere Ausschilderung – sowohl durch Wege- als auch erklärende Schilder – und insbesondere eine Erweiterung des Gedenkpfades entlang des Hauptabschnitts des Panzergrabens. Die Aufwertung des Ortes reicht dabei vom Infokasten mit Flyermaterial bis hin zur Internetpräsenz, von der Etablierung eines außerschulischen Lernortes bis hin zu öffentlichen Veranstaltungen und Führungen. Mit den Freunden des Sandhorster Waldes und dem KZ-Verein Engerhufe werden wir den Beschluss des Stadtrates von 2016 in absehbarer Zeit. umsetzen

Frauengeschichte würdigen

Die Geschichte von Frauen wird bis heute nicht angemessen gewürdigt. Hierdurch wird auf sehr subtile Art und Weise die kulturelle Bedeutung und kulturelle Leistung in den Schatten gestellt wie z.B. im Frauenkloster Meerhusen. Spezielles Leiden von Frauen – besonders in Frauenarbeitslagern wurde bislang nicht beachtet. Hier ist eine angemessene geschichtliche Aufarbeitung überfällig, um speziell die Frauengeschichte zu würdigen. Ein Beispiel ist hierbei das Kloster Meerhusen, ein reines Frauenkloster, während Ihlow ein

Männerkloster erhielt. Während rund um das Kloster Ihlow ein großes kulturelles Angebot entstanden ist, von der Rekonstruktion über Veranstaltungen, Vereinsleben und medialer Begleitung, ist das Frauenkloster Meerhusen in der Wahrnehmung (noch) nicht präsent.

Frauenarbeitslager

Um Aurich herum hat es eine Vielzahl von Arbeitslagern in der NS-Zeit gegeben. Insbesondere die Frauenarbeitslager sind jedoch aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Diese Arbeitslager und ihre Geschichte wieder sichtbar zu machen, dient den Opfern zum Gedenken und den heutigen Menschen zur Mahnung. Von drei bisher identifizierten Frauenarbeitslagern hat sich zweifellos das schlimmste in der Munitionsfertigungsstätte Tannenhausen/Dietrichsfeld befunden. Eine angemessene Gedenkstätte hier einzurichten ist auch hier überfällig. Gemeinsam mit dem KZ- Verein Engerhufe wollen wir weiterhin die geschichtliche Aufarbeitung voranbringen.